

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 10

Artikel: "Mit dem Fremdarbeiterstopp und den Konjunkturbeschlüssen..."
Autor: Senti, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338887>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

heutigen Zeitpunkt mit Sicherheit als reine Wahltaktik ausgelegt würde und dass dies jetzt nur «von einem Nebenposten aus angepackt» werden kann. Gerade einen «Nebenposten» sehen wir aber im Komitee der Mitenand-Initiative, keinesfalls jedoch in einer sozialdemokratischen Tageszeitung!

Bringt man zum Schluss das Urteil über die beiden Initiativen auf eine etwas vergröbernde Formel, so könnte man sagen: die Mitenand-Initiative löst die humanitären Fragen des Ausländerproblems, enthält aber die Möglichkeit einer zeitlich verzögerten Stabilisierung; die TW-Initiative löst das Stabilisierungsproblem, bietet aber schwere, für eine Politik aus sozialdemokratischer Sicht unannehmbare Lücken in den Menschenrechtsgarantien.

Unsere Politik muss deshalb eine Unterstützung des «Nebenpostens» der Mitenand-Initiative sein, flankiert von resoluten politischen Vorstössen zu einer wirksameren, rascheren Stabilisierung. Nur ein einwandfreies Bekenntnis zu den Menschenrechten wird uns das moralische Rückgrat zur Durchsetzung stabilerer Verhältnisse verleihen!

*Ausländerkommission der SP und des
Gewerkschaftskartells Basel-Stadt*

Mit dem Fremdarbeiterstopp und den Konjunkturbeschlüssen vollzog der Bundesrat eine wirtschaftspolitische Kehrtwendung. Bis zu Beginn der sechziger Jahre waren seine Bestrebungen dahin gegangen, das Angebot möglichst zu erhöhen, um die ständig zunehmende In- und Auslandnachfrage zu befriedigen. Mit Rücksicht auf die inflatorischen Gefahren der angespannten Arbeits- und Kapitalmarktsituation empfahl die Regierung sogar, auf dem Waren- wie auf dem Arbeitsmarkt eine Politik der «offenen Tür» zu betreiben. In der Folge erhöhte sich der Zustrom von Fremdarbeitern; der Bestand Kontrollpflichtiger überschritt im Jahre 1961 die halbe Millionengrenze. Gleichzeitig stiegen die privaten Kapitalimporte bis zu 3 Milliarden Franken jährlich. Diese expansive Wirtschaftspolitik löste notgedrungen zusätzliche Sekundärinvestitionen (Ausbau der Infrastruktur) aus, so dass der Nachfrageüberhang trotz und zum Teil gerade wegen der Angebotssteigerung weiterhin überaus gross blieb. Die damaligen Äusserungen des Bundesrates und der Studienkommission des BIGA lassen vermuten, dass man das Problem der Überfremdung und der konjunkturellen Überhitzung wirklich nicht sah oder nicht sehen wollte.

Richard Senti in «Die staatliche Wirtschaftspolitik»
(aus dem Band «Die Schweiz seit 1945»)